



Kinderkrebs um Atomkraftwerke **Chronologie eines 10-jährigen Engagements der IPPNW und** **der Ulmer Ärzteinitiative** - Stand 2.12.2007

1997 – Hinweise aus der Bevölkerung

1997 erhielt die Ulmer Ärzteinitiative, Regionalgruppe der IPPNW aus der Bevölkerung viele subjektive Einzelhinweise und Krankengeschichten über Krebs-Erkrankungen, aber auch Missbildungen bei Kindern aus der Region des AKW Gundremmingen. Dies war Anlass, sich inhaltlich mit dem Thema: „Kinderkrebs um Atomkraftwerke“ zu beschäftigen. Zu diesem Zeitpunkt waren in der deutschen Wissenschaftsdiskussion nur wenige offizielle Studien bekannt und diese zeigten keine wesentlichen Auffälligkeiten in der Umgebung von bayerischen Atomkraftwerken.

1. 1981 - *Eine Studie zu Leukämien aller Altersgruppen um die Standorte aller bayerischen Atomanlagen des bayerischen Instituts für Strahlenhygiene (ISH), Zeitraum 1976-81- Ergebnis: Keine statistisch signifikanten Auffälligkeiten*
2. 1992+1997 – *Zwei Studien des Mainzer Kinderkrebsregisters (Prof. Michaelis) – Institut für Statistik und Dokumentation der Universität Mainz (IMSD), eine Untersuchung der Umgebung von allen deutschen Atomanlagen (mit Einschluss auch von Versuchsanlagen und stillgelegten Anlagen) Zeitraum 1980–90, bzw.-95 Ergebnis: Keine statistisch signifikanten Auffälligkeiten*

1998 – Reanalysen von Dr. Körblein und Öffentlichkeitsarbeit

In den Jahren 1998 und 1999 erschienen erstmals Arbeiten in Form von Reanalysen von Dr. Körblein (Umweltinstitut München e.V.), die zeigten, dass die Kinderkrebsrate in der Umgebung von Kernkraftwerken doch erhöht ist. (Ausgangspunkt war die gleiche Datenlage, wie ISH- und IMSD- Studien, aber eine Fokussierung der Auswertung durch Körblein auf Atomkraftwerke, die mit großer Leistung Strom produzieren).

Körbleins Ergebnisse wurden in der Wissenschaftswelt zunächst nicht ernst genommen. Die Ulmer Ärzteinitiative nahm aber Körbleins Arbeiten zum Anlass für eine regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit, um auf die von ihm aufgezeigten erhöhten Kinderkrebsraten aufmerksam zu machen. Zusätzlich begann die Initiative einen regen Schriftverkehr mit dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) über diese Befunde, die als Aufsichtsbehörde Körbleins Arbeiten zunächst ignorierten.



Frühjahr 2001 - Veröffentlichung von signifikanten Ergebnissen

Im Frühjahr 2001 wurde von Dr. Körblein eine von der Ulmer Ärzteinitiative initiierte Studie veröffentlicht. Körblein untersuchte darin Kinderkrebs-Erkrankungen in der Umgebung von den drei bayerischen Atomkraftwerken (1983–1993). Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Krebsrate bei Kindern in den Landkreisen um die bayerischen Atomkraftwerke hochsignifikant um 29 % erhöht war. Um das AKW Gundremmingen betrug die Erhöhung 38 %.

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) wurde davon unmittelbar in Kenntnis gesetzt, versuchte zwar auch hier erneut, diese Ergebnisse zu ignorieren und in ihrem Stellenwert nicht anzuerkennen. Aber anders als bei Körbleins vorhergehenden Arbeiten fanden die Ergebnisse durch eine breit angelegte Presseinformation der Ulmer Ärzteinitiative und der IPPNW eine deutliche Resonanz in der öffentlichen Wahrnehmung. In einem offenen Brief forderte die IPPNW das BfS auf, weitere Studien zur Ursachenklärung zu veranlassen. Die anhaltende Weigerung von dort hatte eine Protest-Briefaktion an die zuständigen Politiker, Ministerien und an das BfS mit über 10.000 Unterschriften zu Folge.

Sommer 2001 - Fachgespräch zwischen IPPNW und BfS

Im Juli 2001 kam es in Kassel zu einem Fachgespräch zwischen Vertretern des BfS auf der einen Seite und Mitgliedern der IPPNW, der Ulmer Ärzteinitiative und des Umweltinstituts München auf der anderen Seite, mit dem Ergebnis, dass man Körbleins Arbeiten anerkannte und sich auf die Durchführung von neuen Untersuchungen zur Ursachenabklärung einigte.

Im Einzelnen wurde vereinbart:

1. *Dass die Ursachen für das gehäufte Auftreten von Tumoren bei Kindern in den bayerischen Landkreisen mit einer Fall-Kontrollstudie untersucht werden soll. Dabei soll die genaue Entfernung des Wohnorts der Kinder vom Reaktor in die Untersuchung mit eingehen.*
2. *Zusätzlich wird vom BfS eine Studie zum Krebsgeschehen in der Umgebung aller in Betrieb befindlicher deutscher Atomkraftwerke in Auftrag gegeben.*
3. *Das Studiendesign für beide Studien sollte in wissenschaftlichen Arbeitsgruppen entwickelt werden, zu denen neben dem BfS sowohl „atomfreundliche“, als auch „atomkritische“ Experten hinzugezogen werden.*



2003 - Beginn der KIKK-Studien durch das Mainzer Kinderkrebsregister

Nach Entwicklung des Studiendesigns gab das BFS im März 2003 den Auftrag der KIKK-Studien an das Mainzer Kinderkrebsregister bekannt. Absolut neuartig und ungewöhnlich für Forschungen dieser Art war, dass es durch den gesellschaftspolitischen Druck der IPPNW gelungen ist, beim Entwurf des Studiendesigns und bei der Studienbegleitung nicht nur „atomfreundliche“, sondern auch „atomkritische“ wissenschaftliche Experten konstruktiv gemeinsam einzubinden.

Die zentrale Frage, die mit den KIKK-Studien geklärt werden soll, ist:

Ist ein Kleinkind, das nahe an einem Atomkraftwerk wohnt, mehr gefährdet, an Krebs zu erkranken, als ein Kleinkind das weiter entfernt wohnt?

Oder mit wissenschaftlichem Terminus formuliert:

Hängt der bereits nachgewiesene Anstieg der erhöhten Krebsraten von Kleinkindern im Nahbereich von Atomkraftwerken signifikant von der Entfernung zum Atomkraftwerk ab?

Dezember 2007 - Die Ergebnisse der KIKK-Studien sind zwar noch nicht veröffentlicht, werden aber in der nächsten Zeit erwartet. - Stand 02.12.2007

Sollten sich in den bundesweiten KIKK-Fall-Kontrollstudien die besorgniserregenden Befunde, auf die die IPPNW schon seit Jahren aufmerksam gemacht hat, ursächlich bestätigen, dann sollten die Strahlenschutzbehörden und die politisch Verantwortlichen daraus klare Konsequenzen ziehen.

- **Die Betriebsgenehmigungen aller Atomanlagen mit erhöhten Kinderkrebserkrankungen müssten bis zur endgültigen Ursachenklärung ruhen.**
- **Nicht mehr die betroffenen Kinder und Eltern müssten die Beweislast tragen, sondern umgekehrt die Betreiber der Atomanlagen, in deren Umgebung die erhöhten Kinderkrebserkrankungen festgestellt werden.**
- **Alle Grenzwerte der radioaktiven Emissionen aus deutschen Atomkraftwerken sollten überprüft und deutlich gesenkt werden.**